

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

~~C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L~~

PROCESSING COPY

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Directive on the Preparations of
Proposals for the 1958 Plan of the
Wholesale and Retail Trade Enterprises

DATE DISTR.

DEC 1957

NO. PAGES

1

25X1

REQUIREMENT
NO.

RD

REFERENCES

25X1

DATE OF
INFO.

PLACE &
DATE ACQ.

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

directive, dated
2 July 1957, concerning the preparation of proposals for the 1958 plan of the East German wholesale and retail trade enterprises. The directive was issued by the Ministry of Trade and Supply (Ministerium fuer Handel und Versorgung), East Berlin, in its official publication Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Handel und Versorgung, issue No. 27/57, dated 6 July 1957.

3 JAN 1958

3 JAN REC

out

25X1

17 JAN 1958

JP

~~C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L~~

25X1

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> ARMY	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	<input checked="" type="checkbox"/> AIR	<input checked="" type="checkbox"/> FBI	AEC					
-------	--	--	---	---	-----	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#")

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Edw Communiqué
Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Handel und Versorgung

— 3300 —

Berlin, den 2. Juli 1957

Direktive

Ausarbeitung des Planvorschlages 1958

— ökonomischer Teil — (Planinhalt) für die staatlichen Groß- und Einzelhandelsbetriebe (GHK u. HO)
 Die Anzahl der Arbeitskräfte insgesamt darf sich im Planjahr 1958 gegenüber dem Jahre 1957 nicht erhöhen. Der Ersatz ausscheidender Mitarbeiter muß im Prinzip durch Auslernende erfolgen.

Innerhalb der Betriebe ist die Anzahl der Arbeitskräfte der Verwaltung zugunsten der Besetzung in den operativen Betriebsteilen zu senken.

Der Durchschnittslohn darf gegenüber dem Jahre 1957 nicht gesteigert werden. Davon ausgenommen sind lediglich die Löhne und Lohnbestandteile auf Leistungsgrundlage, deren Entwicklung im Verhältnis zur Entwicklung der Leistung möglich ist.

Zur maximalen Steigerung der Arbeitsproduktivität sind u. a. die Leistungslohnformen auszunutzen und die Ausfallzeiten und die Anzahl der Überstunden zu senken. Der technisch-organisatorische Fortschritt ist auf allen Gebieten des Handels im Interesse der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Kosten stark zu fördern und bei der Festlegung der planmäßigen Zielsetzung allseitig zu berücksichtigen.

Der Ausarbeitung des Kostenplanvorschlages muß eine gründliche Analyse der Kosten 1957 vorausgehen. Dabei sind die bisher angefallenen und künftig noch entstehenden Kosten hinsichtlich ihrer Ursachen zu untersuchen, um eine Übertragung von Kosten in den Planvoranschlag 1958 zu vermeiden, die aus planwidrigen oder einmaligen Ursachen des Jahres 1957 resultieren. Die Auswirkungen struktureller Veränderungen sind eingehend auf ihre ökonomischen Vorteile zu überprüfen.

Großhandel

Im staatlichen Großhandel muß die Anzahl des Verwaltungspersonals gegenüber dem Stand des Jahres 1957 gesenkt werden, um ein besseres Verhältnis zwischen dem Lager- und Transportpersonal und dem Verkaufspersonal einerseits und dem übrigen Personal im Handelsbereich (ohne Lehrlinge) andererseits zu erreichen. Die Umschlaggeschwindigkeit ist durch Ver-

kürzung der Zeiten für Vereinnahmung und Auslieferung, bessere Umsatzkontinuität innerhalb der Monate und Verbesserung in der Anwendung des Vertragssystems zu erhöhen.

Die bisher während der Vorbereitung bzw. Durchführung der Normierung des Warenumschlages gewonnenen Erkenntnisse sind mit dem Ziel auszuwerten, die Planung der Umschlaggeschwindigkeit auf der Grundlage unzulänglicher Erfahrungswerte durch ökonomisch begründete Richttage zu ersetzen bzw. zu überarbeiten. Im Interesse einer umfassenden Anwendung ökonomisch begründeter Richttage ist es erforderlich, verstärkt die Mitarbeiter im staatlichen Großhandel mit den Prinzipien der Normierung des Warenumschlages vertraut zu machen.

Einzelhandel

Die Sachkosten dürfen nur depressiv zur Steigerung des Umsatzes anwachsen, da im wesentlichen keine Erweiterung des Handelsnetzes (außer NAP) vorgesehen ist.

Die ökonomischen Ergebnisse der HO-eigenen Produktion sind zu verbessern.

Die während der Vorbereitung und Durchführung der Normierung der Warenbestände in den einzelnen Betrieben gewonnenen Erkenntnisse sind mit dem Ziel auszuwerten, die Planung der Umschlaggeschwindigkeit auf der Grundlage unzulänglicher Erfahrungswerte durch ökonomisch begründete Richttage zu ersetzen, wobei eine Erhöhung der Umschlaggeschwindigkeit erzielt werden muß.

Im Interesse einer umfassenden Anwendung ökonomisch begründeter Richttage ist es erforderlich, verstärkt die Mitarbeiter im staatlichen Einzelhandel mit den Prinzipien der Normierung der Warenbestände vertraut zu machen.

Die Abt. H. u. V. der Räte der Bezirke und Kreise sowie die Hauptverwaltungen des staatlichen Groß- und Einzelhandels geben auf der Grundlage dieser Direktive Ergänzungen entsprechend den örtlichen ökonomischen Erfordernissen heraus.

I. V.: Reimann
 Hauptabteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 —

— 3300 —

Berlin, den 2. Juli 1957

Richtlinie

Methodik der Ausarbeitung der Planvorschläge 1958

— ökonomischer Teil —
des staatlichen Groß- und Einzelhandels (GHK u. HO)

- I. Allgemeines
- II. Formblätter und Nomenklaturen
- III. Erläuterungen zu den Planvorschlügen
- IV. Analysen der Planvorschlüge
- V. Einarbeitung der Planvorschlüge

I. Allgemeines

Ausgangspunkt für die Ausarbeitung des ökonomischen Teiles der Planvorschlüge 1958 sind die Vorschläge für Umsatz, die gemäß der Anweisung Nr. 51/57 aufzustellen und abzustimmen sind. (Siehe „Verfg. u. Mittlg.“ Heft 24/57, Sonderdruck VI/57.)

Für den örtlich geleiteten staatlichen Groß- und Einzelhandel sind die Ausführungen in der „Systematik der örtlichen Planung“, herausgegeben von der Staatlichen Plankommission im April 1957, zu beachten.

Die mit dieser Richtlinie festgelegten Formblätter und Nomenklaturen für die Planvorschlüge 1958 sind verbindlich für die Einreichung an das Min. f. H. u. V. seitens der Räte der Bezirke, Abt. H. u. V. (für den örtlich geleiteten Groß- und Einzelhandel), und die Hauptverwaltungen Groß- und Einzelhandel (für deren unterstellte Betriebe).

Die Räte der Bezirke sowie die Hauptverwaltungen sind berechtigt, unter Einhaltung der Grundsätze dieser Richtlinie vorliegende Besonderheiten durch entsprechende Bestimmungen gegenüber den Räten der Kreise bzw. den Betrieben zu regeln. Diese Regelungen dürfen zu keiner umfassenden Erweiterung der Nomenklaturen und Formblätter führen und sollen eine gute Analyse der Planvorschlüge gewährleisten.

In den Betrieben sind die Planvorschlüge unter Heranziehung eines breiten Mitarbeiterkreises aufzustellen sowie mit allen Betriebsangehörigen und in den Leitungskollektiven eingehend zu diskutieren.

II. Formblätter und Nomenklaturen

A. Formblätter und Nomenklaturen für die Planvorschlüge des staatlichen Großhandels.

1. Produktivität, Arbeitskräfte und Lohn Formbl. 0546/58
 (Rückseite: Bedarfs- und Deckungsbilanz für die Anzahl der Arbeitskräfte 1958)
2. Berufsausbildung Formbl. 0591/58
3. Planvoranschlag für Ergebnis und Umschlagzahl Formbl. 0201
 Waagerechte Gliederung:
 Spalte 1 Lfd. Nr.
 " 2 Positionsbezeichnung
 " 3 Plan 1957
 " 4 Voraussichtl. Ist 1957 effektiv
 " 5 Voraussichtl. Ist 1957, vergleichbar zur Struktur 1958
 " 6 Planvoranschlag 1958
 " 7 Spalte 6 in " 5 zu Spalte 5

(Rand)

Senkrechte Gliederung:

- Lfd. Nr. 1 Umsatz zu EXP (einschl. Umsatz im eigenen Handelsnetz)
 a) Lagergeschäft
 b) Streckengeschäft
 c) Zwischenh. Eigengeschäft (a + b)
 d) Umsatz im eig. Handelsnetz — Lager
 e) Umsatz im eig. Handelsnetz — Strecke

- Lfd. Nr. 2 Bruttoerlös aus Handelspreisen
 " 3 Erlösschmälerungen
 " 4 Übrige Handelserlöse
 " 5 Bruttohandelserlös
 " 6 Handelsabgabe
 " 7 Nettohandelserlös
 " 8 Zirkulationskosten (gesamt)
 " 9 Umsatzergebnis Gewinn
 " " Verlust
 " 10 Übriges Ergebnis (saldiert)
 " 11 Gesamtergebnis Gewinn
 " " Verlust
 " 12 Betr.-Prämien-, Kultur- u. Soz.-Fonds
 " " aus Gewinn
 " " Betr.-Prämien-, Kultur- u. Soz.-Fonds
 " " aus Stützung
 " 13 Netto-Gewinn/Verlust (+ /-)
 " 14 Haushaltsakkumulation
 " 15 Umsatz zur Errechnung des Plan-
 " " bestandes
 " 16 Umschlagzahl/Richttage
 " 17 Durchschn. Planbestand an Handels-
 " " ware
 " 18 Durchschn. Planbestand an sonst.
 " " Material
 " 19 Umlaufmittelfonds
 " 20 Umlaufmittelab-/zuführung
 " 21 Durchschn. Saisonbestand
 " 22 Investitionen
4. Planvorschlag für Kosten Formbl. 0201
 Waagerechte Gliederung:
 Wie zu Punkt II A 3
 Senkrechte Gliederung:
 Lfd. Nr. 1 Lohn (ohne Prämien lt. PVO)
 " 2 SV und Unfallumlage
 " 3 Krankengeldzuschuß
 " " Zwischensumme a
 " 4 Prämien lt. PVO I/37
 " " Summe A (Personalkosten)
 " 5 Abschreibungen
 " 6 Mieten und Pachten
 " 7 Bezugskosten
 " 8 Versandkosten
 " 9 Sonst. Verbrauch von Hilfsmaterial und
 " " Leistungen
 " " (ohne Erwerb von Anlagegegenständen
 " " von 201,- DM bis 1000,- DM und
 " " Kosten für Warenkataloge)
 " 10 Sonst. Kostenarten (Kto. 390 ohne
 " " Bestandsversch.)
 " 11 Verlust an Handelsware
 " 12 Kreditzinsen auf Verrechnungsdokumente
 " 13 Kreditzinsen für planmäßige Bestände
 " 14 Bestandsversicherung
 " " Zwischensumme b
 " 15 Zinsen für überfällige Kredite auf
 " " Bestände
 " 16 Tilgung von Investkrediten
 " 17 Kosten aus dem Erwerb von Anlage-
 " " gegenständen von 201,- DM bis
 " " 1000,- DM
 " 18 Kosten für Warenkataloge
 " " Summe B (Sachkosten)
 " 19 Zirkulationskosten gesamt (Sa. A + B)
 " 20 Zirk.-Kosten in % zum Umsatz Eigen-
 " " geschäft (EKP)
 " 21 Zirk.-Kosten in % zum Bruttohandels-
 " " erlös
 " 22 (a) Fremde W.-Transportkosten für
 " " Nutzung d. Transp.-Gemeinsch.
 " " (b) Kosten des Leitbetriebes für ange-
 " " schlossene TG
 " " darunter Lohn
 " 23 Gesamtzahl der Arbeitskräfte in Voll-
 " " kräften (einschl. Lehrl.)
5. Planvorschlag für Kostensenkung.. Formbl. 0201
 Waagerechte Gliederung:
 Spalte 1 Lfd. Nr.
 " 2 Positionsbezeichnung

- Spalte 3 Voraussichtl. Ist 1957, vergleichbar zur
 Struktur 1958
 " 4 Umrechnungsfaktor
 " 5 Vergleichbare Istkosten 1957 lt. Plan 1958
 " " (Basiakosten)
 " 6 Planvorschlag 1958
 " 7 Spalte 6 in % zu Spalte 5
 (Rand)
 Senkrechte Gliederung:
 Kostensenkung nach Kostenkomplexen
 Lfd. Nr. 1 Personelle Kosten für Lohnfonds A
 " " (Teil aus lfd. Nr. 1-3 lt. Kostenplan)
 " 2 Sachkosten (lfd. Nr. 7-12)
 " 3 Bestandskreditzinsen und -versicherung
 " " (lfd. Nr. 13 und 14)
 " 4 Personelle Kosten für Lohnfonds B mit
 " " Lehrlingen (Teil aus lfd. Nr. 1-3)
 " 5 Abschreibungen und Mieten (lfd. Nr. 5
 " " und 6)
 " 6 Summe
 " 7 Kostensenkung in TDM (Diff. zwischen
 " " Spalte 5 und 6)
 " 8 Kostensenkung in % (lfd. Nr. 7 in % zu
 " " lfd. Nr. 6, Spalte 5)
- Kostensenkung auf der Grundlage des Bruttohandels-
 erlöses
 Kosten lt. Addition der Zwischensum-
 men a und b des Kostenplanes
 Kostensenkung in TDM (Differenz zwis-
 chen Spalten 5 und 6)
 Kostensenkung in % (zu Spalte 5)
- B. Formblätter und Nomenklaturen für die Planvor-
 schläge des staatlichen Einzelhandels
1. Produktivität, Arbeitskräfte und
 Lohn Formbl. 0545/58
 (Rückseite: Bedarfs- und Deckungs-
 bilanz für die Anzahl der Arbeits-
 kräfte 1958)
2. Berufsausbildung Formbl. 0501/58
3. Planvorschlag für Ergebnis Formbl. 0201
 Waagerechte Gliederung:
 Wie zu Punkt II A 3
 Senkrechte Gliederung:
 Lfd. Nr. 1 Umsatz zu EVP (ohne Agentur-, Kohle-
 " " und Gebrauchtwaren-Umsatz)
 " " a) Lebensmittel
 " " b) Gaststätten
 " " c) Industriewaren
 " 2 Bruttohandelserlös
 " " a) Handelspreiserlös
 " " b) Erlös aus Nebenleistungen
 " " c) Erlös aus Agentur-, Kohle- und
 " " Gebrauchtwaren-Umsatz
 " " d) Erlös aus Dienstleistungen
 " 3 Handelsabgabe
 " 4 Nettohandelserlös
 " 5 Zirkulationskosten
 " 6 Ergebnis Handel
 " 7 Ergebnis Produktion
 " 8 Übriges Ergebnis (saldiert)
 " 9 Gesamtergebnis Gewinn
 " " Verlust
 " 10 Betr.-Prämien-, Kultur- u. Soz.-Fonds
 " " aus Gewinn
 " " Betr.-Prämien-, Kultur- u. Soz.-Fonds
 " " aus Stützung
 " 11 Nettogewinn/Verlust
 " 12 Haushaltsakkumulation
 " " (lfd. Nr. 2 / 5 + 4.8 / 10)
 " 13 Investitionen
4. Planvorschlag für Kosten Formbl. 0201
 Waagerechte Gliederung:
 Wie zu Punkt II A 3
 Senkrechte Gliederung:
 Lfd. Nr. 1 Lohn ohne Prämien
 " 2 Prämien lt. Prämienvereinbarung vom
 " " 1. Oktober 1956
 " " Zwischensumme a
 " 3 Prämien lt. PVO (nur bis I/37)
 " " Summe A (Lohnkosten)

- Lfd. Nr. 4 Abschreibungen
 " " 5 Mieten und Pachten
 " " 6 SV und Unfallumlage
 " " 7 Krankengeldzuschuß
 " " 8 Zinsen für Plankredite
 " " 9 Warenverlust
 " " 10 Transportleistungen für Güter
 " " 11 Erstausrüstung für HO-Gaststätten
 " " 12 Kosten für den Erwerb von Anlage-
 gegenständen bis 200,— DM
 " " 13 Übrige Sachkosten
 Zwischensumme a
 " " 14 Kosten für den Erwerb von Anlage-
 gegenständen von 201,— DM bis
 1000,— DM
 " " 15 Zinsen für überfällige Kredite
 " " 16 Tilgung von Investkrediten
 Summe B (Sachkosten)
 " " 17 Zirkulationskosten gesamt (Sa. A + B)
 " " 18 Zirk.-Kosten in % zum Umsatz (EVP)
 " " 19 " " " " Bruttohandels-
 erlös

5. Planvorschlag für Kostensenkung
 und Umschlagzahl Formbl. 0201
 Waagerechte Gliederung:
 Wie zu Punkt II A 5

Senkrechte Gliederung:
 Kostensenkung auf der Grundlage des Brutto-
 handelserlöses

- Lfd. Nr. 1 Kosten lt. Addition der Zwischensum-
 men a u. b des Kostenplanes
 " " 2 Kostensenkung in TDM (Diff. zwischen
 Spalten 5 und 6)
 " " 3 Kostensenkung in % (zu Spalte 5)

Umschlagzahl
 Waagerechte Gliederung:
 Wie zu Punkt II A 5

- Senkrechte Gliederung:
 Lfd. Nr. 1 Umsatz zu EKP
 " " 2 Umschlagzahl/Richttage
 " " 3 Durchschn. Planbestand an Handels-
 ware
 " " 4 Sonstige Bestände (Hilfsmat., Ausleih-
 ware, Gebrauchtwaren, Uml.-Mittel für
 Produktion)
 " " 5 Umlaufmittelfonds
 " " 6 Umlaufmittelab-/-zuführung

III. Erläuterungen zu den Planvorschlägen

1. Produktivität, Arbeitskräfte und Lohn

Die Angaben über die Anzahl der Arbeitskräfte erfolgt
 in Kopf-Kräften (ohne Umrechnung auf Vollkräfte auf
 Basis des Acht-Stunden-Arbeitstages).
 Auf der Rückseite des Formblattes ist die Bedarfs- und
 Deckungsbilanz zu besetzen.
 Über die notwendigen regionalen Abstimmungen wurden
 die Räte der Bezirke und Hauptverwaltungen des
 Groß- und Einzelhandels bereits mit besonderem
 Schreiben vom 17. Juni 1957 in Kenntnis gesetzt. Die
 von den Betrieben einzureichenden Planvorschläge
 müssen die Gegenzeichnung der Abt. Arbeit und Beru-
 fsausbildung des zuständigen Rates des Kreises
 tragen.

- a) Großhandel
 Unter Verkaufspersonal in der lfd. Nr. 1, 7 und 10
 sind die Außenverkäufer (Vertreter) und übrigen
 Mitarbeiter mit ungeteilter Verkaufstätigkeit zu er-
 fassen. Zum sonstigen Personal gehören neben den
 Lehrlingen die Mitarbeiter der betrieblichen Einrich-
 tungen für Arbeiterversorgung, deren Arbeitsentgelt
 nicht aus Kosten gezahlt wird.
 b) Einzelhandel
 Die Umsatzangaben zu EVP erfolgen ohne Agentur-,
 Kohle- und Gebrauchtwaren-Umsätze. Die Anzahl
 des Verkaufspersonals in Vollkräften in lfd. Nr. 10
 zur Ermittlung der Produktivität ist auf der Basis
 des Acht-Stunden-Arbeitstages zu errechnen.
 Analog zur bisherigen Regelung ist der Planvor-
 schlag für Produktivität, Arbeitskräfte und Lohn
 der HO-eigenen Produktion durch die örtlichen
 Staatsorgane in die Planung der örtlichen VE-Pro-

duktion — ohne Weitergabe an das Min. f. H. u. V. —
 einzubeziehen.

2. Berufsausbildung
 Für die Ausfertigung und Abstimmung des Planes gilt
 die Nomenklatur und weitere Handhabung, wie sie der
 Abt. H. u. V. der Räte der Bezirke und den Hauptver-
 waltungen des Groß- und Einzelhandels mit Schreiben
 vom 17. Juni 1957 bekanntgegeben wurde (siehe auch
 „Systematik der örtlichen Planung“).

3. Ergebnis
 Die Spalte „Voraussichtliches Ist 1957, vergleichbar zur
 Struktur 1958“ ist für den Ausweis des berechtigten vor-
 aussichtlichen Ist vorgesehen, wie es zur Struktur 1958
 im Jahresmaßstab vergleichbar ist. Das bedeutet also,
 in dieser Spalte zum Beispiel die im Laufe des Jahres
 1957 erfolgte Übernahme neuer Handelsprogramme,
 Bildung oder Auflösung von Kontoren (Großhandel)
 bzw. Bildung von Kombinat, Veränderungen im Ver-
 kaufstellennetz (Einzelhandel) in der Weise anzugeben,
 als ob die strukturellen Veränderungen bereits zu Be-
 ginn des Jahres 1957 eingetreten wären. Die Umrech-
 nung oder gewissenhafte Einschätzung erstreckt sich
 nicht nur über die Kosten-Position, sondern gilt für
 alle Positionen. Maßgeblich für sie ist die zu erzielende
 Vergleichbarkeit mit der Struktur 1958; unwesentliche
 Veränderungen sind nicht besonders auszuwerten.
 Die Handelsabgabe ist für 1958 mit den für 1957 gül-
 tigen Sätzen zu planen.
 Der Betriebs-Prämien-, Kultur- und Sozial-Fonds be-
 trägt 5,5% des Lohnfonds.

Bei der Position „Investitionen“ ist die Summe für den
 Plan der Erhaltung der Grundmittel und für den Plan
 der Erweiterung der Grundmittel im Planvorschlag für
 1958 einzusetzen.

- a) Ergebnis und Umschlag — Großhandel
 Die Umsatzangaben 1958 müssen auf den von den
 Betrieben gemäß der Anweisung Nr. 51/57 auszu-
 arbeitenden und abzustimmenden Umsatz-Planvor-
 schlägen basieren und sind um die Umsätze zu er-
 gänzen, die mit Abnehmern außerhalb des laut der
 genannten Anweisung erfaßten Abteilmungskreises
 sowie innerhalb des eigenen Handelsnetzes getätigt
 werden sollen.

Der durchschnittliche Planbestand an Handelsware
 1958 muß nach den Prinzipien der Normierung des
 Warenumschlages ermittelt werden. Ist das infolge
 des Standes der Vorbereitungen noch nicht möglich,
 sind Erfahrungswerte entsprechend anzuwenden.
 Die Deckung des Planbestandes an Handelsware
 durch Eigenmittel beträgt 30%, die des Plan-
 bestandes an sonstigem Material 100%.

- b) Ergebnis — Einzelhandel
 Analog zur bisherigen Regelung erscheint lediglich
 das Ergebnis Produktion im Planvorschlag Handel.

4. Kosten
 Mit diesem Planvorschlag ist die Kostenentwicklung in
 einer Spezifizierung nach Arten bzw. Komplexen darzu-
 stellen, um die im Ergebnis-Planvorschlag enthaltenen
 Gesamtkosten zu begründen. Voraussetzung dazu ist
 eine eingehende Kosten-Analyse 1957.
 Für die waagerechte Gliederung treffen die Erläute-
 rungen gemäß Punkt III 3 zu.

Die Bezugs- und Versandkosten (Großhandel) bzw.
 Transportleistungen für Güter (Einzelhandel) sind be-
 sonders auszuweisen, da zur Zeit für 1958 eine Ver-
 änderung der bestehenden Transport-Tarife vorbereitet
 wird. Die Planung erfolgt nach den zur Zeit geltenden
 Tarifen.
 Auf der Rückseite des Planvorschlages ist die betrieb-
 liche Finanzierung aus Kosten für folgende Einrich-
 tungen — als Darunterzahl — anzugeben:
 Kindergärten und Kinderhorte,
 Kinderwochenheime, Sanitätstalten,
 Ambulatorien, Nachsanatorien,
 Polikliniken, Kulturhäuser.

- a) Großhandel
 Die Kosten der lfd. Nr. 4 sowie 15, 16 und 18 sind
 nicht in die Spalte 5 und Spalte 6 (Planvorschlag)
 aufzunehmen. Die Tilgung von Investitionskrediten

wird im Jahre 1958 aus Gewinnverwendung vorgenommen: die für 1937 gewährten Kosten zur Katalogisierung der Handelsprogramme sind zweck- und zeitraumgebunden. Ergänzungen der Kataloge im Jahre 1958 sind aus den allgemeinen Werbekosten zu bestreiten.

Bei bestehenden bzw. planmäßig im Jahre 1958 zu bildenden Transportgemeinschaften (TG) müssen von den Kontoren, die Leistungen der TG in Anspruch nehmen, die dafür entstehenden Kosten des fremden Warentransportes in lfd. Nr. 23 (a) ausgewiesen werden. Die Kontore, denen die TG angegliedert ist, weisen in dieser lfd. Nr. die Angaben nach (b) aus (siehe Nomenklatur). Die Abstimmung dieser Darunter-Angaben (zu den Gesamtkosten) zwischen den der TG angeschlossenen Betrieben ist erforderlich.

b) Einzelhandel

Die Kosten der lfd. Nr. 3 sowie 15 und 16 sind nicht in die Spalte 8 und Spalte 9 (Planvorschlag) aufzunehmen. Die Tilgung von Investitionskrediten wird im Jahre 1958 aus Gewinnverwendung vorgenommen.

f. Kostenreduktion

Die allgemeine Ermittlung der Kostenreduktion geschieht nach folgenden Gesichtspunkten:

Umrechnung bereinigter sowie strukturell vergleichbarer voraussichtlicher Istkosten 1957 (Zwischensumme a + b des Kosten-Planvorschlages) auf die Basiskosten mit der Steigerung des Bruttohandelsüberschusses 1958 gegenüber dem strukturell vergleichbaren voraussichtlichen Bruttohandelsüberschuss 1957.

Der Betrag der Unterschreitung der Basiskosten durch die Kosten des Planvorschlages 1958 ist die Kostenreduktion in TDM.

Der Betrag der Kostenreduktion im Verhältnis zu den Basiskosten (Spalte 8) ergibt die Kostenreduktion in Prozent.

Der Prozentsatz der Entwicklung des Bruttohandelsüberschusses 1958 zu 1957 (strukturell vergleichbar) ist in Spalte 4 anzugeben.

a) Großhandel

Es erfolgt zusätzlich die Ermittlung der Kostenreduktion nach Kostenkomplexen (siehe Nomenklatur). Nachstehende Umrechnungsfaktoren sind dafür anzuwenden:

Zu lfd. Nr. 1 und 2

Steigerung des Bruttohandelsüberschusses 1958 zum vergleichbaren Ist 1957.

Zu lfd. Nr. 3

Kein Umrechnungsfaktor. Genaue Ermittlung der Kosten auf der Grundlage der Planvorschlagszahlen 1958 durch Berechnung der Kreditlinien auf den durchschnittlichen Kreditbedarf für Bestände (Planbestand / eigene Mittel / fünf Tage ständige Verbindlichkeiten); Anwendung des Versicherungsbeitragsatzes auf den Planbestand.

Zu lfd. Nr. 4 und 5

Konstant (Spalte 8 = Spalte 9).

Die verwendeten Umrechnungsfaktoren sind in die Spalte 4 einzusetzen (Zahlenangabe).

Es entsteht keine Übereinstimmung in den absoluten und relativen Zahlen der Kostenreduktion zwischen beiden Ermittlungsarten.

b) Umschlagzahl — Einzelhandel

Der durchschnittliche Planbestand an Handelsware ist unter kritischer Auswertung der Ergebnisse aus dem Versuchen zur Normierung der Warenbestände für die betreffenden Einzelhandelszweige zu planen. Das Deckungsverhältnis durch eigene Mittel beträgt für den Planbestand an Handelsware 30 %, für die sonstigen Bestände 100 %.

g. Investitionen

Mit Beginn des Planjahres 1958 wird der Investitionsplan für die amortisationspflichtige VB Wirtschaft in einen Plan der Erweiterung der Grundmittel und in einen Plan der Erhaltung der Grundmittel unterteilt. Der Plan der Erweiterung der Grundmittel umfaßt alle Investitionsmaßnahmen, die zu einer Erhöhung des

Bruttowertes des Anlagevermögens und des Bestandes an Grundmitteln durch die Beschaffung neuer, zusätzlicher Grundmittel führen (Neuinvestitionen).

Der Plan der Erhaltung der Grundmittel umfaßt alle Investitionsmaßnahmen der amortisationspflichtigen volkseigenen Wirtschaft, die zur Erhöhung des Nettowertes des Anlagevermögens (Generalreparaturen) und zur Wiederherstellung des Bestandes an Grundmitteln führen (Ersatzinvestitionen). Darunter sind auch solche Investitionen zu verstehen, die zum Ersatz bestehender Anlagen durch technisch höher entwickelte bzw. technisch anders geartete Anlagen führen.

Die Aufstellung des Generalreparaturplanes entfällt, da die bisher in ihm enthaltenen Maßnahmen künftig Bestandteil des Planes der Erhaltung der Grundmittel werden.

Die Anleitung zur Planvorbereitung, Planung und Plandurchführung im einzelnen erfolgt außerhalb dieser Richtlinie durch die Planträger auf der Grundlage der dafür geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

7. Arbeitsschutz

Die zur Durchführung der festgelegten Arbeitsschutzmaßnahmen notwendigen Mittel sind in den jeweiligen Plänen getrennt auszuweisen (Plan der Erweiterung, Plan der Erhaltung der Grundmittel; im Kostenplanvorschlag Darunter-Angaben auf der Rückseite).

IV. Analysen der Planvorschläge

Zu jedem Planvorschlag ist eine Analyse erforderlich, die die im Vorschlag enthaltene Entwicklung und Zielsetzung begründen muß. Allgemeine Ausführungen sind zu vermeiden. Es muß auf die einzelnen Positionen eingegangen werden, die die gesamte Zielsetzung beeinflussen, wie zum Beispiel auf die Erlöse sowie Erlöschmälerungen und deren Quellen, die Umschlaggeschwindigkeit, wichtige Kostenarten, Produktivität, Durchschnittslohn (unter Beachtung der Leistungslohnformen), die Anzahl der Arbeitskräfte insgesamt und deren Gliederung.

Das den Planvorschlägen zugrundeliegende voraussichtliche Ist muß unter Verwendung der neuesten Zahlen der Planabrechnung 1957 sowie gewissenhafter Einschätzungen für die restliche Zeit des Jahres ermittelt und — ebenso wie die Umrechnung auf vergleichbare Zahlen zur Struktur 1956 — in die Analyse einbezogen werden. Starke Abweichungen des voraussichtlichen Ist zum Plan 1957 und wesentliche strukturelle Änderungen sind zu begründen.

Bei der Analyse der Umschlaggeschwindigkeit ist auf den Stand und die Ergebnisse der Normierung der Bestände und des Umschlages einzugehen. Es sind dabei gleichzeitig weitere Maßnahmen zur umfassenden Anwendung und Verbesserung der Normierung festzulegen.

V. Einreichung der Planvorschläge

Die Planvorschläge der Betriebe müssen die Unterschriften des Direktors, Planungsleiters und die Gegenzeichnung des Hauptbuchhalters (entw. der Hauptbuchhalter-Verordnung) sowie der BGL tragen.

Die zusammenfassenden Organe reichen abgestimmte und überprüfte, nicht nur rechnerisch zusammengestellte Planvorschläge weiter.

Die Weitergabe der Planvorschläge seitens der Räte der Bezirke — getrennt nach staatlichem Einzelhandel (HO) und staatlichem Großhandel (Lebensmittel) — sowie seitens der Hauptverwaltungen des Groß- und Einzelhandels erfolgt in zweifacher Ausfertigung an das Min. f. H. u. V.

Für den örtlich geleiteten staatlichen Handel regeln die Räte der Bezirke die Handhabung für ihre Bezirke in eigener Verantwortung unter Beachtung der „Systematik der örtlichen Planung“.

Die Hauptverwaltungen des Groß- und Einzelhandels treffen entsprechende Regelungen für ihren Bereich auf der Grundlage dieser Richtlinie.

Die Termine für die Einreichung an das Min. f. H. u. V. werden gesondert entsprechend dem Ablauf der Ausarbeitung der Planvorschläge 1958 für Umsatz und Ware bekanntgegeben.

I. V.: Reimann
Hauptabteilungsleiter

— Verfg. u. Mitgl. Min. f. H. u. V. Heft 21/57 —